

## **Erklärung gemäß § 31 GO-BT**

### **des Abgeordneten Frank Schwabe (SPD)**

#### **zur 2./3. Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD „Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen“ am 18.06.2009, Drucksache 16/12850**

Ich stimme dem Gesetz zu. Nicht ohne grundsätzliche Bedenken in den Fragen der Effizienz, des möglichen Einstiegs in die Etablierung eines „Zensurmechanismus“ und der Sicherstellung der rechtsstaatlichen Überprüfungen.

Dennoch glaube ich, dass auch das Internet nicht ohne Regeln bleiben kann, die zumindest den Versuch unternehmen, Rechtsverstöße zu verhindern. Dazu wird es eine intensive, ernsthafte und ruhige Debatte in den nächsten Jahren geben müssen.

Ich nehme die massiven Bedenken der „Internetgemeinde“ sehr ernst und bedanke mich für die vielen Gespräche und Anregungen. Viele davon sind von der SPD aufgenommen und zumindest teilweise in den Gesetzentwurf eingefügt worden.

Im Gegensatz zum Gesetz zur „Onlinedurchsuchung“ geht es hier um eine einfachgesetzliche Regelung. Sie kann also mit einfacher Mehrheit im Deutschen Bundestag korrigiert werden, wenn wir Erfahrungen mit dem Gesetz gemacht haben und mögliche neue Erkenntnisse vorliegen.

Zur heutigen Zustimmung veranlasst mich insbesondere,

- dass das Gesetz automatisch zum 31. Dezember 2012 außer Kraft tritt und damit ein „Zwang“ zur Überprüfung besteht.
- dass die BKA-Liste von einem unabhängigen Gremium beim Datenschutzbeauftragten überprüft wird und durch dieses auch verändert werden kann.
- dass gegen die Aufnahme in die Sperrliste auf dem Verwaltungsrechtsweg vorgegangen werden kann.

Kinderpornographie ist ein schlimmes Verbrechen und muss mit den Mitteln des Rechtsstaates umfassend bekämpft werden. Das ist so. Ich hätte mir aber gewünscht, dass das Gesetzesvorhaben in einer ruhigeren Form hätte diskutiert werden können. Die Versuche, die Kritiker des Gesetzes - auch in manchen Medien - zu verunglimpfen, haben der Debatte geschadet.

Ich erwarte, dass neben diesem jetzt vollzogenen Schritt ernsthaft geeignete Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von Kinderpornographie diskutiert und umgesetzt werden.